



## Antrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler, Stefan Löw, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**

**„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss darüber zu berichten, aus welchen Gründen Einbürgerungen von Ausländern ohne Deutschkenntnisse in Bayern stattgefunden haben und welche Rolle Bundeskanzler Olaf Scholz dabei gespielt hat. Insbesondere soll die Staatsregierung folgende Fragen beantworten:

1. Wie ist es möglich, dass Personen in Bayern die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, ohne über Deutschkenntnisse zu verfügen?
2. Wie viele Einbürgerungen fanden in den letzten fünf Jahren in Bayern statt, ohne dass ein Einbürgerungstest stattfand?
3. Aus welchen Gründen wurde jeweils auf den Einbürgerungstest verzichtet?
4. Inwiefern wurden Einbürgerungen im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 beschleunigt oder erleichtert?
5. Welche Rolle spielte Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Einbürgerung einer 93-jährigen Frau in Nürnberg, die am 17. Februar 2025 im Beisein des Bundeskanzlers und eines Rechtsanwalts stattfand?
6. Welche Position vertritt die Staatsregierung im Zusammenhang mit Einbürgerungen ohne Deutschkenntnisse und ohne Einbürgerungstest?

### **Begründung:**

Am 17. Februar 2025 wurde auf der Videoplattform TikTok ein Video eines Frankfurter Rechtsanwalts veröffentlicht, das die Einbürgerung einer 93-jährigen Frau in Nürnberg zeigt. Anwesend war dabei auch Bundeskanzler Olaf Scholz. Die Frau, die nach Angaben des Rechtsanwalts ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht hat, sprach während der Zeremonie kein Wort Deutsch und benötigte die Dolmetscherleistungen des Rechtsanwalts, der im Video ankündigte, dass die Dame „für die SPD stimmen“ werde.

Dieser Vorfall wirft erhebliche Fragen auf, insbesondere im Hinblick auf die Integrität des Einbürgerungsprozesses und die mögliche politische Instrumentalisierung von Einbürgerungen.

Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gibt es beim Einbürgerungstest Ausnahmen für Personen, die die Anforderungen „wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit, einer Behinderung oder altersbedingt nicht erfüllen.“ Laut einer Seite des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sind Personen von allen Einbürgerungstests befreit, wenn sie „Angehörige der sogenannten Gastarbeitergeneration und Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR“ sind.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, dass die Staatsregierung umfassend über die genannten Vorgänge und dem Umfang der Einbürgerung ohne Test berichtet und Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass Einbürgerungen nicht zur politischen Einflussnahme missbraucht werden.